



Ministerium für Inneres und Sport

Rechtsextremistische Szene tritt vielfältiger und mit neuen Erscheinungsformen auf. Innenminister Holger Stahlknecht stellt Verfassungsschutzbericht 2012 vor

Der Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, und der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, Jochen Hollmann, haben am heutigen Tage den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 vorgestellt.

Am 9. Juli hatte die Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung den Verfassungsschutzbericht 2012 beschlossen. Bei der Vorstellung des Berichts betonte Stahlknecht die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über extremistische Gruppierungen aufzuklären. Im vergangenen Jahr war erneut der Rechtsextremismus die größte Gefahr in Sachsen-Anhalt. Innenminister Holger Stahlknecht: Ich denke dabei an das Großkonzert der rechtsextremistischen Szene am 26. Mai 2012 Nienhagen, zu dem nahezu 1.800 Personen nach Sachsen-Anhalt reisten. Es ist wichtig, dass wir hier als Demokraten zusammenstehen und gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen.

Auch Linksextremisten traten im Berichtsjahr in Erscheinung. Gewaltbereite autonome Gruppen verübten erneut etliche Straf- und Gewalttaten. Beispielhaft sei hier die Tat im Anschluss an das Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit einem geplanten Aufmarsch von Rechtsextremisten am 14. Januar 2012 in Magdeburg genannt. Hier wurden Polizeikräfte aus den Fenstern des Gebäudes Alexander-Puschkin-Straße 20a von verummten Personen massiv mit Flaschen, Blumentöpfen und anderen Gegenständen sowie einer schweren Betonplatte beworfen, die einen Polizeibeamten nur knapp verfehlte. Wäre der Beamte getroffen worden, hätte dies zu tödlichen Verletzungen führen können.

Der Verfassungsschutz ist eine Institution des demokratischen Rechtsstaats. Gleichwohl wird die Unverzichtbarkeit der Nachrichtendienste vor dem Hintergrund der Mordserie des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zum Teil offen in Frage gestellt.

Innenminister Holger Stahlknecht: Der Verfassungsschutz ist unverzichtbar für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Die NSU-Morde haben uns gezeigt, dass eine stärkere Sicherheitskooperation notwendig ist.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hatte bereits im August 2012 die aufkeimende Kritik zum Anlass genommen, den Arbeitskreis IV Verfassungsschutz zu beauftragen, die Strukturen im Verbund sowie das Zusammenwirken mit den Sicherheitsbehörden auf Optimierungsbedarf zu überprüfen. Eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes ist auch mit Blick auf die Wiederherstellung des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit und Rechtmäßigkeit des Verfassungsschutzes in großen Teilen erfolgt.

Die wichtigsten Themenbereiche im Einzelnen:

I. Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt hat mit einer zunehmenden rechtsextremistischen Belastung zu kämpfen. Die Anzahl der subkulturell geprägten gewaltbereiten Rechtsextremisten stieg auf nunmehr 780 Personen (2011: 760). Auch die Anzahl von Mitgliedern neonazistischer Gruppierungen erhöhte sich. Im Berichtsjahr wurden 330 Neonazis gezählt (2011: 290). Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Land Sachsen-Anhalt erhöhte sich auf 1.400 Personen (2011: 1.340).

2011

2012

Parteien und Vereinigungen

250

250

Neonazis

290

330

Gewaltbereite Rechtsextremisten

760

780

Sonstige Personenzusammenschlüsse

40

40

Gesamt:

1.340[2]

1.400[3]

Der parteigebundene Rechtsextremismus ist im Wesentlichen von der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' (NPD) geprägt. Mit einem Mitgliederbestand von rund 250 Personen verharrt die Partei allerdings auf dem Niveau der Vorjahre. Einige wenige Kreisverbände treffen sich regelmäßig und versuchen ein Mindestmaß an Parteiarbeit umzusetzen, andere Kreis- oder Ortsverbände stehen nur noch auf dem Papier. Im Wesentlichen beschränkte sich die NPD im Jahr 2012 auf ihr Engagement im Rahmen des rechtsextremistischen Demonstrationsgeschehens im Stendaler Ortsteil Insel. Die NPD steht aber nach wie vor als Bündnispartner für die neonazistische Kameradschaftsszene bereit. Wie die Großdemonstration im Januar zum Gedenken an die Zerstörung Magdeburgs am Ende des Zweiten Weltkriegs zeigte, wird auch die rechtsextremistische Strategie einer 'Volksfront von rechts' in Sachsen-Anhalt praktiziert.

Neben dem schon genannten Großkonzert in Nienhagen gab es weitere rechtsextremistische Konzertveranstaltungen. In Sachsen-Anhalt wurden insgesamt im Vergleich zum Vorjahr zwei Konzerte weniger festgestellt (2012: zehn, 2011: zwölf), dagegen fanden zehn so genannte Liederabende statt (2011: zwei).

Die rechtsextremistische Szene nutzte erneut öffentliche Anlässe und Gedenktage für ihre eigenen propagandistischen Aktivitäten. Dies war, wie bereits in den Vorjahren, am 1. und 8. Mai, am 17. Juni und am Volkstrauertag festzustellen. Auch an Jahrestagen des Bombardements deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg wurden entsprechende Veranstaltungen der

Durch die Auswahl von ?polizeilichen Einrichtungen und Fahrzeugen? als jeweiliges Tatobjekt sowie durch die Kommentierungen im Internet ergaben sich Anhaltspunkte auf politisch linksmotivierte Tatausführungen.

Unter den linksextremistischen Parteien konnten im Berichtsjahr in Sachsen-Anhalt die ?Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands? (MLPD), die ?Deutsche Kommunistische Partei? (DKP) und die ?Kommunistische Partei Deutschlands? (KPD/Ost) mit eigenen Strukturen unterschiedlicher Ausprägung festgestellt werden. Eine größere gesellschaftliche Einflussnahme ging von diesen Parteien nicht aus.

III. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Dem Islamismus kommt im Rahmen der Beobachtung sicherheitsgefährdender und extremistischer Bestrebungen von Ausländern nach wie vor die größte Bedeutung zu. In den letzten Jahren ist bundesweit eine Zunahme der Aktivitäten von Salafisten festzustellen.

Der Verfassungsschutz versteht unter ?Salafismus? eine besonders radikale Strömung innerhalb des Islamismus. Salafisten streben nach Wiederherstellung des ?authentischen Islam? und nach Umsetzung der Scharia, die nach ihrer Auffassung als Gesetz Gottes prinzipiell für die gesamte Menschheit gültig ist. Die Verwirklichung des ?authentischen Islam? steht für eine politische Agenda, die in der Errichtung eines islamischen ?Gottesstaates? münden soll. Die Gewaltaffinität des Salafismus zeigte sich unter anderem in Ausbrüchen salafistischer Straßengewalt in Nordrhein-Westfalen. Im Mai 2012 kam es im Rahmen des Landtagswahlkampfes der rechtspopulistischen ?ProNRW?-Bewegung in Nordrhein-Westfalen in der Nähe von Moscheen zu gewalttätigen Übergriffen salafistischer Gegendemonstranten. In Sachsen-Anhalt sind wenige Einzelpersonen als Aktivisten des politischen Salafismus bekannt. Hier waren keine festgefügt Strukturen islamistischer Organisationen festzustellen.

Von den ausländerextremistischen Organisationen unterhielt allein die ?Arbeiterpartei Kurdistans? (PKK) Strukturen, die wiederum meist versammlungsrechtliche Aktivitäten der seit 1993 mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegten Organisation nach sich ziehen. Im Berichtsjahr standen die Haftsituation des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers, Abdullah ÖCALAN, die jeweils aktuelle Situation in Syrien und die Lage der Kurden in der Türkei im Mittelpunkt. Der Organisation gelingt es regelmäßig, bundesweit Tausende von Anhänger zu mobilisieren. Auch in Sachsen-Anhalt wurde die Haftsituation ÖCALANs thematisiert. In Halle (Saale) und Magdeburg führten bis zu 130 Personen Versammlungen zu dieser Thematik durch.

IV. Spionageabwehr

Fremde Nachrichtendienste beschaffen sich unvermindert und systematisch in Deutschland Informationen. Hierzu nutzen sie vornehmlich die an ihren Auslandsvertretungen bestehenden Legalresidenturen.[1] Sie setzen aber auch Illegale[2] oder auf ihrem Staatsgebiet geworbene deutsche Staatsbürger ein. Schwerpunkte dieser klassischen Spionage sind insbesondere die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Militär.

Der Verfassungsschutzbericht schildert vor allem das Vorgehen von russischen, syrischen und marokkanischen Nachrichtendiensten in Deutschland.

V. Wirtschaftsschutz Sachsen-anhaltische Unternehmen und Forschungseinrichtungen nutzten im Berichtsjahr mehr als noch zuvor die Verfassungsschutzbehörde, um ihre Belegschaft oder die Geschäftsführung für die Belange des Wirtschaftsschutzes zu sensibilisieren. Der sachsen-anhaltische Wirtschaftsschutz konnte im abgelaufenen Jahr rund 200 Firmen erreichen.

Die Verfassungsschutzbehörde bietet kostenfrei allen sachsen-anhaltischen Unternehmen und Verbänden, allen Hochschulen und Behörden eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen an. Sie liefert Informationen, bietet den vertraulichen Dialog und die Unterstützung bei der Abwehr von Spionage- und Ausspähungsversuchen.

Der Verfassungsschutzbericht 2012 steht unter der Internetadresse <https://www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz> unter ?Download weiterer Dokumente? zur Verfügung.

[1] Stützpunkte eines fremden Nachrichtendienstes, abgetarnt in einer offiziellen oder halboffiziellen Vertretung seines Landes in einem Gastland.

[2] Als Illegale bezeichnet man Mitarbeiter eines fremden Nachrichtendienstes, die mit einer falschen Identität in ein Operationsgebiet (zum Beispiel in die Bundesrepublik Deutschland) eingeschleust werden.

Impressum: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
Verantwortlich: Danilo Weiser
Pressesprecher
Halberstädter Straße 2 / am "Platz des 17. Juni" 39112 Magdeburg
Tel: (0391) 567-5504/-5514/-5516/-5517/-5377
Fax: (0391) 567-5520
Mail: Pressestelle@mi.sachsen-anhalt.de